

**Mitteilung des Senats
an die Stadtbürgerschaft
vom 20. November 2018**

„Digital geht auch sozial – Freies WLAN für den Stadtteil Gröpelingen“
(Große Anfrage der Fraktion der SPD vom 21.08.2018)

Die Fraktion der SPD hat folgende Große Anfrage an den Senat gerichtet.

„Die Digitalisierung führt zu tiefgreifenden Veränderungen in allen Lebensbereichen. Aber nicht alle Menschen können in gleichem Maße an diesen Veränderungen teilhaben. Dem jährlichen Lagebild zur digitalen Gesellschaft in Deutschland D21/Digitalindex 2017/18, ist zu entnehmen, dass es weiterhin einen Zusammenhang zwischen digitaler Abstinenz bzw. Distanz und geringerem sozialen Status gibt. Hierfür gibt es ein Bündel verschiedener Ursachen; ein wesentlicher Grund dürfte aber weiterhin sein, dass Internetzugänge in Deutschland überwiegend und entsprechende Endgeräte immer mit Kosten verbunden sind.

Auch die Nutzung und Bedeutung des mobilen Netzzuganges ist in den letzten Jahren sprunghaft gestiegen. Allerdings liegen Deutschland – und damit auch Bremen – im internationalen Vergleich bei den Nutzungsmöglichkeiten von freiem WLAN deutlich zurück. Es sind in erster Linie eher die Jüngeren, Höhergebildeten, Einkommensstärkeren, die auf das Internet zugreifen – ob nun von Zuhause oder unterwegs. Insoweit liegt es auf der Hand, dass ein Baustein gegen die digitale Spaltung der Gesellschaft der Ausbau von WLAN-Strukturen in sozial belasteten Quartieren sein muss.

Bremen ist seit Jahren von sich beschleunigenden Segregationstendenzen zwischen den Ortsteilen betroffen. Diese Segregation hat vielfältige Ursachen. Insbesondere ist sie Ergebnis von kapitalistischen Mechanismen des Wohnungsmarktes. Darüber hinaus wirken aber weitere, oft weichere Faktoren. Objektive oder auch nur subjektiv wahrgenommene Unterschiede und Defizite, was die Bildungschancen, Sicherheit, Sauberkeit und die soziale Infrastruktur vor Ort angeht, verstärken die Spaltung der Stadtteile zusätzlich.

Um gerade sogenannte sozial belasteten Ortsteile zu stabilisieren, ist besondere Unterstützung nötig. Auch dabei könnte ein flächendeckendes freies WLAN ein geeignetes kleines Puzzlestück sein.

Nach dem Wegfall der Störerhaftung ist zu beobachten, dass vermehrt durch nicht-staatliche Anbieter freie WLAN-Zugänge geschaffen werden. Allerdings werden diese im Regelfall als Mittel der Kundenwerbung oder -bindung installiert. Aus diesem

Gründe befinden sich solche Angebote vorwiegend in den zentralen Stadtteilen oder Einkaufszentren. Öffentliche Angebote, werden bislang hingegen vorwiegend im Umfeld staatlicher oder kommunaler Einrichtungen geschaffen.

Die zivilgesellschaftliche Initiative Bremen.Freifunk.net ist ein Projekt, das versucht, ein stadtweites Datennetz auf Basis von WLAN-Routern aufzubauen. Dieses Netz soll eine freie Kommunikation innerhalb der ganzen Stadt ermöglichen. Jedes WLAN-fähige Gerät vom Smartphone bis zum Notebook kann sich mit dem Netz verbinden. Auch der Zugang zum Internet steht zur Verfügung.

Durch diesen partizipativen Anspruch und das Fehlen kommerzieller Interessen ist diese zivilgesellschaftliche Initiative besonders geeignet, an der Verwirklichung eines flächendeckenden, freien WLAN in sozial belasteten Ortsteilen mitzuwirken. Die Stadt Bremen kooperiert bereits in vielen Fällen, beispielsweise bei der Versorgung von Flüchtlingsunterkünften, mit bremen.freifunk.net.

Vor diesem Hintergrund fragen wir den Senat:

1. Ist der Senat bereit, mit bremen.freifunk.net in konzeptionelle Gespräche darüber einzutreten, wie als Pilotprojekt im Stadtteil Gröpelingen unter Nutzung vorhandener kommunaler, staatlicher, und, soweit die Betreiber hierzu bereit sind, auch freigemeinnütziger und kommerzieller Router- und Gateway-Betreiber ein stadtteilweites, flächendeckendes und freies WLAN eingerichtet werden kann?
2. Falls ja, mit welchen Kosten der Einführung und mit welchen laufenden Kosten rechnet der Senat?
3. Falls ja, wird der Senat bremen.freifunk.net hierfür die erforderlichen Dachflächen und Server zur Verfügung zu stellen, bzw. bei Dritten hierfür werben?
4. Wird der Senat, soweit sich auf diesem Wege kein entsprechendes Pilotprojekt für den Stadtteil Gröpelingen realisieren lässt, der Bürgerschaft ein Alternativkonzept vorgelegen?

Der Senat beantwortet die Große Anfrage wie folgt:

- 1. Ist der Senat bereit, mit bremen.freifunk.net in konzeptionelle Gespräche darüber einzutreten, wie als Pilotprojekt im Stadtteil Gröpelingen unter Nutzung vorhandener kommunaler, staatlicher, und, soweit die Betreiber hierzu bereit sind, auch freigemeinnütziger und kommerzieller Router- und Gateway-Betreiber ein stadtteilweites, flächendeckendes und freies WLAN eingerichtet werden kann?**

Ja. Der Senat hat bereits ein vergleichbares Pilotprojekt im Stadtteil Walle unterstützt. Ziel war es hier die Beteiligung von Bürgerinnen und Bürgern am Freifunk Netz (partizipatives Bürgernetz) über vielfältige Maßnahmen zur Verbesserung von Informationen und Medienkompetenzen zu erhöhen. Eine Evaluation hinsichtlich der Wirksamkeit der einzelnen Projektmaßnahmen wird nach Vorlage des Verwendungsnachweises bis zum 31. März 2019 erfolgen. Hiernach

kann ein ggf. angepasstes aber vergleichbares Projekt im Stadtteil Gröpelingen gestartet werden.

Freifunk beruht auf bürgerschaftlichem Engagement und basiert auf der Arbeit Ehrenamtlicher, die die Freifunk-Infrastruktur ausbauen, betreiben und pflegen. In der Vergangenheit wurden viele Bürger aufgrund der unsicheren rechtlichen Situation von einer aktiven Teilnahme mit eigenem Router am Freifunk-Netz abgeschreckt, so dass die Anzahl freier WLAN-Zugänge eher stagnierte. Darüber hinaus war die Mehrheit der Bürgerinnen und Bürger nicht optimal über die Möglichkeiten von Freifunk informiert. Vor diesem Hintergrund wurde gemeinsam mit der Freifunk-Initiative Bremen e. V. im Jahre 2016 die Idee eines Stadtteilprojekts entwickelt.

Es wurde vereinbart, den Fokus der Unterstützung der weiteren Entwicklung des Freifunk-Netzes zunächst auf einen regional eingeschränkten Bereich zu setzen. Hierfür wurden vom Senat Vertreter der Freifunk-Initiative Bremen e. V. mit der Interessengemeinschaft der Waller Geschäftsleute e. V., dem Ortsamt West und Bürgerinnen und Bürgern aus dem Stadtteil Walle zusammengebracht. In mehreren Treffen der nunmehr gemeinsamen Stadtteil-Initiative "Freies WLAN für Walle" konnten sich die Beteiligten informieren und Fragen austauschen. Es wurde vereinbart ein entsprechendes Stadtteilkonzept zur Umsetzung von Freifunkmaßnahmen zu entwickeln.

Es folgten Informationsveranstaltungen auf dem Speichermarkt, dem Übersee-Törn und der Breminale. Jeweils im Nachgang hierzu konnten die WLAN-Infrastrukturen über Freifunk durch Gewinnung neuer Nutzerinnen und Nutzer erweitert werden.

Entsprechende Projekte zur Übertragung von freiem öffentlichen WLAN auf weitere Stadtteile werden seitens des Senats ausdrücklich begrüßt.

Seitens der Freifunk Initiative Bremen e. V. gibt es auf Nachfrage kein Konzept speziell für den Stadtteil Gröpelingen. Hier hat der Gröpelingen Marketing e.V. ein Konzept für ein öffentliches WLAN entwickelt, dass derzeit an drei Standorten im Stadtteil umgesetzt wird. Vor diesem Hintergrund gab es auch gemeinsame Treffen mit der Freifunk Initiative Bremen e. V. Dabei wurde unter anderem besprochen, welche Möglichkeiten es gibt, freies WLAN in Gröpelingen weiter auszubauen.

Das Projekt „Gröpelingen Free-Wifi“ der Gröpelingen Marketing e.V. wird in Zusammenarbeit mit im Stadtteil ansässigen Einrichtungen und Unternehmen betrieben. Seitens der Gröpelingen Marketing e. V. bestehen konzeptionelle Entwürfe zur Erweiterung ihrer bisher eingerichteten Hotspots um weitere Standorte. Die Hotspots werden hierbei über eigene Internetanschlüsse von Partnern im Quartier bereitgestellt und verfügen über sehr hohe Bandbreiten mit aktuell bis zu 200 MBit/s. Hier werden keine flächendeckenden Versorgungen angestrebt, vielmehr wird das Umfeld der jeweiligen Hotspots, z.B. durch Sitzbänke, aufgewertet. Um dieses Konzept auch mit der Abdeckung in der Fläche zu verbinden, könnten zudem Infrastrukturen der Freifunk Initiative Bremen e. V. neu installiert bzw. bestehende genutzt werden. Konkrete Ergebnisse hierzu finden

sich unter den Beteiligten noch im Beteiligungs- bzw. Abstimmungsprozess.

Der Senat wird diese Entwicklungen im Stadtteil begleiten und hieraus abzuleitende Unterstützungsmöglichkeiten zusammen mit den Akteuren prüfen.

2. **Falls ja, mit welchen Kosten der Einführung und mit welchen laufenden Kosten rechnet der Senat?**
3. **Falls ja, wird der Senat bremen.freifunk.net hierfür die erforderlichen Dachflächen und Server zur Verfügung zu stellen, bzw. bei Dritten hierfür werben?**

Die Fragen 2 + 3 werden zusammen beantwortet.

Kostenberechnungen unter Berücksichtigung von kommunalen Infrastrukturen und privaten Netzbetreibern, sowie notwendigen Installationskosten durch das Elektrohandwerk können erst auf Grundlage eines konkretisierten Umsetzungs-konzepts dargestellt werden.

Die Zurverfügungstellung kommunaler Infrastrukturen bedarf der Prüfung der Mitnutzungsmöglichkeiten des im Jahr 2000 privatisierten bremischen Verwaltungsnetzes (BVN). Dieses Netz und die daran angeschlossenen Landesnetze müssen Mindeststandards der IT-Sicherheit erfüllen. Aus diesen Gründen sind diese Netze von anderen Nutzern getrennt. Eine Mitnutzung des logischen Netzes des BVN für Dritte würde den Sicherheitsbestrebungen derzeit entgegenstehen.

Auf der physischen Ebene könnte der private Netzbetreiber gegebenenfalls vorhandene Kapazitäten einzelner Anschlüsse weiter vermarkten. Für eine sicherheitstechnische und finanzielle Prüfung müssten die konkreten Zugangsstandorte benannt werden, um entsprechende Kostenschätzungen einholen zu können. Innerhalb der jeweiligen Gebäude wären sodann die Erschließungskosten sowie die erforderlichen Maßnahmen zur Netzsicherheit (z.B. bauliche Maßnahmen, Zugang) von Immobilien Bremen zu prüfen und zu kalkulieren.

Als zentraler Dienstleister ist Immobilien Bremen als öffentliches Unternehmen in der Rechtsform einer Anstalt des öffentlichen Rechts für die meisten öffentlich genutzten Grundstücke und Gebäude der Freien Hansestadt Bremen zuständig. Inwieweit Antennen auf, an oder in Gebäuden der Freien Hansestadt Bremen installiert werden können, hängt hierbei sicherheitstechnisch und rechtlich vom jeweils konkret zu benennenden Gebäude ab. Auch die Möglichkeiten der Nutzung von gebäudeeigenen Kabelinfrastrukturen sind im Einzelfall zu klären. Hier ist in der jeweiligen Immobilie zu prüfen ob z. B. noch Leerrohre nutzbar sind oder nicht genutzte aber vorhandene Kabel vorliegen. Weiterhin ist gegebenenfalls das Einverständnis der jeweiligen Mieter einzuholen. Die Möglichkeiten und die abzuleitenden Kosten einer Mitnutzung von Servern wären entsprechend im Einzelfall zu prüfen.

4. Wird der Senat, soweit sich auf diesem Wege kein entsprechendes Pilotprojekt für den Stadtteil Gröpelingen realisieren lässt, der Bürgerschaft ein Alternativkonzept vorlegen?

Der Senat geht nach den Erfahrungen des Projektes in Walle davon aus, dass sich ein entsprechendes Projekt in Gröpelingen realisieren lässt. Dieses ist allerdings insbesondere abhängig von der Mitwirkung der Akteure vor Ort, wie z.B. des Gröpelingen Marketing e.V. oder der Freifunk-Initiative. Sollte seitens der Freifunkinitiative bis Ende des Jahres kein Konzept für ein freies W-LAN in Gröpelingen vorliegen, wird der Senator für Wirtschaft, Arbeit und Häfen der Deputation für Wirtschaft, Arbeit und Häfen ein Alternativkonzept für ein freies W-LAN-Angebot in Gröpelingen vorlegen.